

Ortsbürger lehnen Landabtausch ab

Der Aarauer Stadtrat fährt in Sachen Oberstufenzentrum Telli eine deutliche Schlappe ein. Aufgeben wird er nicht.

Nadja Rohner, Katja Schlegel

«Die Stimmzähler geraten in Wallung», scherzte Stadtpräsident Hanspeter Hilfiker schon um 19.15 Uhr. Da hatte es gerade überraschend Gegenstimmen für eine Aufnahme ins Ortsbürgerrecht gegeben. Doch bereits war absehbar, dass die Stimmzählerinnen und Stimmzähler noch ein paar Mal ins Schwitzen kommen würden: Nicht weniger als 482 von total 1598 Aarauer Ortsbürgerinnen und Ortsbürger waren ins Kultur- und Kongresshaus gekommen; und viele mehr hätten im grossen Saal auch nicht Platz gehabt. Hilfiker sprach von einem Anwesenheitsrekord. Das absolute Mehr lag bei 242. Und, viel wichtiger: Das Beschlussquorum (ein Fünftel aller Stimmberechtigten) war erreicht. Das bedeutet: Sagen mindestens 320 Anwesende Ja oder Nein, ist der Beschluss definitiv und unterliegt nicht mehr dem fakultativen Referendum.

Für den Aufmarsch gesorgt hatte natürlich das Geschäft «Tauschobjekt Telli-Zelgli-OSA». Also der Landabtausch, der es der Stadt ermöglichen



Über 30 Prozent der Aarauer Ortsbürgerinnen und Ortsbürger sind gekommen. Ein Rekord.
Bild: nro

soll, auf der Leichtathletikanlage in der Telli ein Oberstufenzentrum zu bauen. Zunächst wurde über einen Rückweisantrag der Ortsbürgerfinanzkommission abgestimmt, die sich grossmehrheitlich

gegen die Vorlage ausgesprochen hatte. Man verstehe zwar den Bedarf für zusätzliche Schulanlagen, sagte Thomas Richner, doch sei die Kommission mit der vorliegenden Vereinbarung nicht einverstanden:

«Wir finden den vorgeschlagenen Vertrag sehr nachteilig für die Ortsbürger.»

Unter anderem forderte die Kommission, dass die Einwohnergemeinde den Ortsbürgern in der Telli einen Baurechtszins

zahlt, der nicht Null Franken beträgt wie vorgeschlagen, sondern mindestens die 90 000 Franken pro Jahr, die der Kanton heute für sein bis maximal 2052 dauern des Baurecht entrichtet. Der Rückweisantrag wurde al-

lerdings mit 307 Nein zu 122 Ja abgelehnt.

In der anschliessenden Diskussion gab es sowohl Voten für als auch gegen den Landabtausch – und das Oberstufenzentrum an sich. Denn obschon mehrfach beteuert wurde, es gehe nur um den Landabtausch, lässt sich diese Diskussion nicht ganz losgelöst von jener um die Schul-Pläne führen.

Nach knapp zweistündiger Debatte fiel der Entscheid: Der Landabtausch wurde mit 319 zu 134 abgelehnt. Das ist genau eine Stimme unter dem Quorum; theoretisch wäre also das Referendum möglich. Stadtpräsident Hanspeter Hilfiker sagte direkt nach Bekanntgabe des Resultats: «Wir brauchen den Schulraum. Heute haben wir verschiedene Themen aufgenommen und werden im nächsten Halbjahr einen neuen Vorschlag entwickeln. Wir gehen aber davon aus, dass wir auf die Areal in der Telli in irgendeiner Weise angewiesen sind.»

Übrigens: Der Kredit für den Umbau des Restaurants im Wildpark Roggenhausen (5,5 Millionen Franken) wurde diskussionslos genehmigt.

Das ganze Bahnhofquartier verändert sich

Nicht nur Perrons und Unterführungen werden erneuert in Lenzburg: Auch das Bahnhofareal im Osten und Süden erhält einen Entwicklungsschub.

Michael Hunziker

Kundenfreundlicher und leistungsstärker soll der Bahnhof Lenzburg werden. Die SBB planen einen Ausbau im grossen Stil für geschätzt 232 Millionen Franken. Mit dem Megaprojekt wird sich auch das Bahnhofquartier entwickeln und markant verändern. Für die weiteren Planungsschritte braucht es Geld, über das der Einwohnerrat entscheidet.

Konkret: Östlich des künftig ausgebauten Bahnhofs ist bis 2034 die sogenannte Grüne Pause vorgesehen, ein Ort mit grosszügiger Grünfläche, der zum Verweilen einlädt. Die heutige Villa Langenbach mit Park, lautet die Absicht, wird saniert und weist im Erdgeschoss neu eine publikumsorientierte Nutzung auf. Ebenfalls miteinbezogen in die Gestaltung des Freiraums wird das bestehende Kulturobjekt Warteckbrunnen, heisst es in der Botschaft an den Einwohnerrat.

Um ein geeignetes Konzept für die Grüne Pause zu finden, ist als Grundlage ein partizipativer Prozess geplant, hält die Stadt in einer Medienmitteilung fest. Mit diesem Vorgehen könne nicht nur ein grosser gesellschaftlicher Mehrwert entstehen, es werde auch der Einbezug von lokalem Wissen ermöglicht, «wodurch die besten Lösungen gefunden und im Endeffekt auf lange Sicht auch Kosten eingespart werden». Partizipation fördere ebenfalls



Die SBB wollen den Bahnhof Lenzburg für voraussichtlich 232 Millionen Franken ausbauen.
Bild: Daniel Vizentini

Akzeptanz, Identifikation und Vertrauen. Neben der Stadt Lenzburg sind der Kanton Aargau sowie die SBB Immobilien AG zuständig für dieses Teilgebiet.

Aussagen zu Architektur oder Parkierung

Für die Grüne Pause wie auch den Bahnhofplatz mit Bushof und Aufnahmegebäude soll weiter ein Gestaltungsplan erarbeitet werden. Dieser legt unter anderem Gebäudehöhen und Ausnutzung fest, formuliert verbindliche Aussagen zu architektonischer Gestaltung, Erschliessung oder Parkierung. Überdies sind Grünkonzept und Freiraumflächen ersichtlich. Kurz: «Ein Gestaltungsplan macht Aussagen, wie ein Gebiet bebaut werden kann», so die Stadt. Getroffen würden die für die Grundeigentümer verbindlichen Bestimmungen für die

weiteren Planungen. Die Erarbeitung des Gestaltungsplans erfolgt durch die Stadt Lenzburg und die SBB Immobilien AG. Die anfallenden Ausgaben werden je hälftig übernommen.

Parallel zum Gestaltungsplan wird für alle drei Teilgebiete – neben der Grünen Pause und dem Bahnhofplatz auch das südlich angrenzende Bahnhofquartier – ein städtebaulicher Vertrag erarbeitet. Gemäss Stadt handelt es sich um ein «Mittel der Zusammenarbeit der öffentlichen Hand mit den privaten Projektbeteiligten». Der Vertrag liefere Regeln, die nicht im Gestaltungsplan festgesetzt sind, und könne dazu beitragen, «die Ziele einer gemeinwohlorientierten Stadtentwicklung besser zu erreichen». Mit privaten Investoren seien beispielsweise Vereinbarungen möglich zum Wohnangebot, heisst es dazu in der Botschaft

an den Einwohnerrat. Erstellt wird der Vertrag durch einen externen Juristen.

Für alle drei Teilvorhaben – Partizipation, Gestaltungsplan und städtebaulicher Vertrag – entscheidet der Lenzburger Einwohnerrat an seiner Sitzung am 1. Dezember über einen Kredit von 175 000 Franken.

24 Einsprachen sind insgesamt eingegangen

Zur Erinnerung: Täglich benutzen 25 000 Reisende den Bahnhof Lenzburg, künftig rechnen die SBB mit 40 000. Deshalb ist eine umfangreiche Sanierung geplant. Die Anlage wird hindernisfrei, realisiert werden höhere und breitere Perrons, neue Personenunterführungen oder auch ein neues Bahnhofgebäude. Die Seetalbahn fährt künftig direkt bis in den Bahnhof. Der Baubeginn für die Hauptarbeiten ist laut SBB Anfang 2025 vorgesehen.

Für das Projekt hat das Bundesamt für Verkehr (BAV) das sogenannte Plangenehmigungsverfahren gestartet. Bis diesen September lagen in Lenzburg sowie in weiteren sechs Gemeinden, die betroffen sind, die Unterlagen öffentlich auf. Insgesamt gingen 24 Einsprachen ein: 22 von privater Seite, eine von einem Verband sowie eine von der Stadt Lenzburg als Standortgemeinde. Diese fordert unter anderem eine Photovoltaikanlage auf den neuen Perrondächern sowie zusätzliche Lärmschutzwände.

Die Stadtklima-Initiative kommt vors Volk

In Aarau sollen Asphaltflächen entsiegelt und in grüne Oasen umgewandelt werden.

An heissen Sommertagen kann es in Städten ungemütlich werden. Waren Temperaturen über 35 Grad im vergangenen Jahrhundert noch seltene Wetterphänomene, gehören sie im Sommer mittlerweile dazu, wie Meteo Schweiz im Sommer berichtete.

Höchste Zeit also, etwas dagegen zu unternehmen. Dieser Meinung sind auch die Initianten der Aarauer Stadtklima-Initiative. Sie haben 716 gültige Unterschriften gesammelt und diese am vergangenen Freitag offiziell an den Stadtpräsidenten Hanspeter Hilfiker und den Stadtschreiber Stefan Berner übergeben.

Die Forderung der Initiative: «Für eine klimafreundliche und nachhaltig lebenswerte Stadt sollen Flächen entsiegelt und in grüne Oasen umgewandelt werden.» Das schreibt das Initiativkomitee in einer Medienmitteilung. Ausserdem sollen sickerfähige Flächen einen nachhaltigen Umgang mit Regenwasser ge-

währleisten. Dadurch würden Begegnungsorte mit hoher Lebensqualität entstehen. Bis 2033 sollen mindestens fünf Prozent der öffentlichen befestigten Flächen der Einwohnergemeinde Aarau entsprechend umgewandelt werden. Grüne, SP und Pro Aarau unterstützen die Initiative.

Aarau ist nicht die einzige Stadt, in der Unterschriften für dieses Anliegen gesammelt wurden. In neun weiteren Städten, darunter Basel, Bern und Zürich, werden mehr Bäume statt Asphalt gefordert.

In Basel kommt es bereits am 26. November zur Abstimmung: Mit der «Gute-Luft-Initiative» sollen während zehn Jahren jährlich 0,5 Prozent der Strassenflächen in Grünflächen mit Bäumen umgewandelt werden. Das sind dieselben Forderungen wie in Aarau. Wann in der Aargauer Kantonshauptstadt über die Stadtklima-Initiative abgestimmt wird, ist unklar. Mit dem Überreichen der Unterschriften ist der erste Schritt gemacht. (nbl)



Am Freitag wurden die Unterschriften zur Stadtklima-Initiative Aarau offiziell an den Stadtpräsidenten Hanspeter Hilfiker und den Stadtschreiber Stefan Berner übergeben.
Bild: zvg